

# EVP info

INFORMATIONEN DER EVANGELISCHEN VOLKSPARTEI AARGAU

## Eine starke Schule Aargau!

«Stärkung der Volksschule Aargau» – darüber wird am 11. März 2012 abgestimmt. Kernpunkte der Vorlage sind der verbindliche zweijährige Kindergarten, die Strukturreform 6/3 und unterstützende Massnahmen für alle Stufen.

ESTHER GEBHARD-SCHÖNI  
GROSSRÄTIN



Mit der Annahme des Vorhabens «Stärkung der Volksschule Aargau» passt sich der Aargau an die Strukturen der übrigen Kantone an (Ausnahme: Tessin). Das Schweizer Bildungswesen verknüpft damit folgende Vorteile:

- Die interkantonale Mobilität in Sachen Schulwechsel wird erleichtert.
- Die Basis für gemeinsame Lehrpläne und Lehrmittel wird geschaffen.
- Die Primarschule kann ein Jahr länger am Wohnort besucht werden.
- Kleinen Gemeinden bleiben Primarschulstandorte eher erhalten.

### Schulstruktur wie in den übrigen Deutschschweizer Kantonen

Ob fünf oder sechs Jahre Primarschule respektive drei oder vier Oberstufenjahre besser sind, könnte man endlos diskutieren. Tatsache ist, dass der Aargau für eine Übereinstimmung mit den anderen Kantonen Handlungsbedarf hat. Es macht Sinn, diesen Schritt zur Struktur 6/3 jetzt zu tun. Dadurch wird auch die enge

Zusammenarbeit mit den beiden Basel und Solothurn betreffend Schulentwicklung über alle Stufen und der Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen begünstigt.

### Zwei Jahre Kindergarten für alle

Der Kindergarten soll als Teil der Volksschule verbindlich gemacht werden und für alle Kinder zwei Jahre dauern. Der Einstiegsstichtag wird vom 30. April auf den 31. Juli verlegt (Anpassung an 18 Kantone). Alle Kinder werden in spielerischer Weise behutsam an die Schule herangeführt. Wer von sich aus lesen, schreiben und rechnen möchte, wird dazu ermuntert. Der Unterricht dazu findet aber erst in der Primarschule statt.

### Unterstützende Massnahmen auf allen Stufen

Gesellschaftliche Veränderungen stellen Schule und Lehrpersonen vor neue Herausforderungen. Der Handlungsspielraum, um darauf reagieren zu können, wird mit verschiedenen Massnahmen neu definiert und geregelt.

*In erheblich sozial belasteten Gemeinden* sollen alle Stufen ohne administrativen Aufwand Zusatzlektionen für das Unterrichten im Team und zusätzliche Angebote zur Förderung der Kinder und Jugendlichen erhalten.

*Der Kindergarten* wird neu mit Ressourcen zur heilpädagogischen

Förderung einzelner Kinder unterstützt.

*Die Primarstufe* profitiert durch die Senkung der Maximalklassengrösse von bisher 28 auf 25 Kinder. Damit kann eine durchschnittliche Klassengrösse von rund 18 Kindern erreicht werden.

*Die Oberstufe* wird in der Real- und Sekundarschule mit dem Einsatz von Assistenzpersonen gestärkt. Mit Letzteren können Lehrperson und ihre Klassen für eine befristete Zeit von maximal sechs Monaten unterstützt werden.

*Neue regionale Spezialklassen* bieten eine letzte Chance für Jugendliche, um wieder Tritt zu fassen, wenn sie in der Regelklasse nicht mehr tragbar sind. Damit soll teuren Heimeinweisungen oder dem Ausschluss aus der Schule Vorschub geleistet werden.

### Die Vorlage ist breit abgestützt

In der Grossratsdebatte wurde von allen Parteien auf Maximalforderungen zugunsten einer mehrheitsfähigen Vorlage verzichtet (Annahme mit 113 zu 16 Stimmen). Die Vorlage nimmt sich der dringendsten Themen der Volksschule an und ist mit verkraftbaren 30 Millionen Franken Zusatzaufwand verbunden. Die EVP empfiehlt daher die Annahme von Verfassungs- und Schulgesetzänderung.

## PAROLEN

### Abstimmungen vom 11. März 2012

#### Kantonale Vorlagen

*Vorhaben zur Stärkung der Volksschule Verfassungsänderung*  
**JA**

*Vorhaben zur Stärkung der Volksschule Änderung des Schulgesetzes*  
**JA**

*Justizreform Verfassungsänderung*  
**JA**

*Kindes- und Erwachsenenschutzrecht Verfassungsänderung*  
**JA**

#### Eidgenössische Vorlagen

*Volksinitiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!»*  
**JA**

*Volksinitiative «Für ein steuerlich begünstigtes Bausparen»*  
**NEIN**

*Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle»*  
**NEIN**

*Gegenvorschlag zur Geldspielinitiative*  
**NEIN**

*Bundesgesetz über die Buchpreisbindung*  
**JA**

**Wahl in die Schulpflege von Suhr**

*Daniel Gugger wurde am 23. Oktober in die Schulpflege von Suhr gewählt. Der 34-jährige Familienvater unterrichtet als Bezirkslehrer in Entfelden Geschichte und Geografie. Wir gratulieren Daniel Gugger herzlich zu seiner Wahl und wünschen ihm in diesem Amt viel Freude und Erfüllung!*



**Bernhard Schindler ist neuer Friedensrichter-Statthalter Kreis Veltheim**

*Im Dezember wurde der 41-jährige Informatikingenieur aus Thalheim vom Bezirksgericht in die Pflicht genommen und kann nun als Friedensrichter-Statthalter seines Amtes walten. Er wurde im Oktober von der EVP vorgeschlagen und in stiller Wahl gewählt. Die EVP gratuliert Bernhard Schindler herzlich und wünscht ihm viel Gelingen in seinem neuen Amt!*



**Wechsel im Einwohnerrat Wettingen**

*Andreas Rufener ist aus dem Einwohnerrat Wettingen zurückgetreten. An seiner Stelle wird Hanni Läng den Sitz einnehmen. Wir danken Andreas Rufener für seinen grossen Einsatz und wünschen Hanni Läng alles Gute für ihr neues Amt!*

**Kleine oder keine Schritte**

**Will man umstrittene Vorlagen durchbringen, muss man durchführbare Lösungen präsentieren. Wer nur Forderungen stellt, hat noch nichts erreicht. Ein kleiner Schritt löst Bewegung aus, Verweigerung bedeutet Stillstand.**

ESTHER GEBHARD-SCHÖNI  
GROSSRÄTIN



Die EVP im Grossen Rat

Nach den Herbstferien stieg die Fraktion nur noch zu fünft in die Behandlung der Grossratsgeschäfte ein. Die frischgebackene Fraktionspräsidentin Lilian Studer leitete die nötigen Schritte ein, um die neue Situation zu meistern. Sie ermutigte zum effizienten Arbeiten. Jedes Mitglied bekam Mehrarbeit und war aufgefordert, sich teilweise mit dem Einsitz in neue Kommissionen auseinanderzusetzen.

**Dreimal einen Schritt vorwärts**

JA sagte die Fraktion zum neuen **Kindes- und Erwachsenenschutzrecht**, bei dessen Umsetzung der Regierungsrat auf pragmatische Lösungen in der Verordnung achten will, ein JA erhielt das unumstrittene **Landwirtschaftsgesetz**, das den Bauern den Weg für eine nachhaltig produzierende und ökologische Landwirtschaft öffnet und ein JA gab es für das **internationale Standort-Marketing** des Aargaus.

**Energiesgesetz – ein Schritt in die richtige Richtung**

Sämi Richner und Roland Bialek setzten sich mit vereinten Kräften für das Energiesgesetz ein. Das Gesetz sei zwar nicht optimal, aber es bewege sich in die richtige Richtung und habe Weiterentwicklungspotenzial, sagte Richner beim Eintreten. Bialek meinte im Schlusswort zur Debatte: «Die Energiepolitik ist in Bewegung. Die Zustimmung zum Gesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung. Er ist nicht gross, aber nicht nichts.

Er ist ein Beitrag zur Energiepolitik. Sonst machen wir keinen Beitrag und bleiben einfach stehen.» Der Rat machte den Schritt!

**Welches ist der richtige Schritt in Sachen Zentralspital?**

«Ein politischer Entscheid zur künftigen Strategie muss bald fallen», fand Roland Aeschimann. Denn mit der Einführung der neuen Spitalfinanzierung per 2012, dem Wechsel von Objekt- zur Fall-Finanzierung, werden sich die Spitäler noch stärker im Wettbewerb behaupten müssen. Er verlangte von der Regierung vertiefte Studien zur Finanzierung. Unter einer Co-Leitung brauche es kreative Lösungen im Blick auf medizinische Belange, Kosten- und Personalentwicklung sowie die Zusammenarbeit der beiden Standorte. Das Geschäft ging an den Absender zurück.

**Einen Rückschritt ...**

...produzierte das aargauische Parlament in Sachen **familienergänzende Kinderbetreuung**. Aeschimann führte aus: «Die gut durchdachte Vorlage ist notwendig und entspricht den Bedürfnissen unserer Zeit. Alleinerziehende, die unter dem Druck stehen, einem Erwerb nachgehen zu müssen, werden durch ein gutes Angebot im Bereich der Kinderbetreuung entlastet, was Raum für ein gelingendes Familienleben schafft.» Wieder war die Finanzierung Hauptthema, insbesondere die Verteilung der Kosten zwischen Kanton und Gemeinden. Mit diversen Anträgen, die in der Kommission kein Thema waren, wurde die Vorlage zerrissen und bachab geschickt. Die EVP setzte sich erfolglos für eine 3. Lesung ein, um ein Debakel zu verhindern. Wieder einmal sind die Familien auf der Strecke geblieben!

**Gemeinsame Schritte**

Zu reden gab die umstrittene **Asylunterkunft in Bettwil**. Zwei

Grundsätze zur Haltung der EVP gegenüber Asylsuchenden legte Lilian Studer dar: «1. Die EVP vertritt klar die humanitäre Tradition des Asylrechts in der Schweiz. Wirklich betroffenen Personen soll ein menschenwürdiges Asyl zugestanden werden. 2. Schnelle und korrekte Asylverfahren sind unabdingbar. Die Schweiz braucht eine durchdachte Strategie.» Die EVP-Fraktion unterstützte klar einen runden Tisch zwischen den drei involvierten Parteien und erwartet eine für alle tragbare Lösung mit gegenseitigem Entgegenkommen. ♣

VORSTOESSE

**Motion** diverser Personen und Sämi Richner betreffend Einführung von Tempo 30 auf Kantonsstrassen auf Begehren von Gemeinden

**Motion** Lilian Studer betreffend Verbot von Freitodbegleitungen in öffentlichen Einrichtungen wie Spitälern und Pflegeheimen

**Interpellation** diverser Personen und Esther Gebhard betreffend Aufbau eines Kompetenzzentrums Gesundheits- und Sozialberufe Kanton Aargau

**Interpellation** Lilian Studer betreffend Obdachlose und Notunterkunft

**Auftrag** diverser Personen und Esther Gebhard betreffend Überprüfung der Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern beim Kanton Aargau

**Motion** diverser Personen und Esther Gebhard betreffend Revision für die familienergänzende Kinderbetreuung

**Postulat** diverser Personen und Esther Gebhard betreffend familienergänzende Kinderbetreuung und Betreuungsgutscheine



# Auftakt in die neue Legislatur

## Streiflichter aus dem reich befrachteten Programm der Wintersession

Zum Auftakt der neuen Legislatur werden alle Mitglieder der Bundesversammlung **gemeinsam vereidigt**. Viel wichtiger als Eid oder Gelübde ist für EVP-Nationalrätin Marianne Streiff aber der Tatbeweis im politischen Alltagsgeschäft: «Dass die Ratsmitglieder der ‹Stadt Bestes› vor Augen haben, ist mein Wunsch für die neue Legislatur.»

Das grösste mediale Echo erzeugt die **Bundesratswahl**. Für die EVP ist die Konkordanz mit dem Resultat nicht in Frage gestellt. Es lässt im Gegenteil hoffen, mit diesem Regierungsteam die Herausforderungen der nächsten vier Jahre konstruktiv anpacken zu können.

Auch der neu zusammengesetzte Nationalrat bestätigt den **Atomausstieg**. Die wirkliche Bewährungsprobe steht indessen an, wenn die Revision des Kernenergiegesetzes und die konkreten Vorschläge für mehr erneuerbare

Energien und Energiesparen ins Parlament kommen.

**Zwangsheiraten** sollen in der Schweiz ausdrücklich unter Strafe stehen und Ehen mit Minderjährigen werden nicht mehr toleriert. Die Detailberatung folgt in der Frühjahrsession: mit diversen Minderheitsanträgen von EVP-Nationalrätin Marianne Streiff (BE), wonach die Behörden geeignete Massnahmen für Beratung und Schutz der Opfer treffen müssen.

Zur Bekämpfung des **Menschenhandels** ratifiziert die Schweiz ein entsprechendes Europaratsabkommen und verbessert den Zeugenschutz. Die EVP freuts.

Die **Initiative «Schutz vor Passivrauchen»** der Lungenliga will ein Rauchverbot in öffentlichen Räumen, keine bediente Fumoirs und eine einheitliche nationale Regelung. «Was kann daran eigentlich falsch sein?», fragt Maja

Ingold in ihrem Votum rhetorisch. Trotz gleichlautender und funktionierender Regelung in acht Kantonen und dem umliegenden Ausland lehnt der Nationalrat die Initiative ab.

Gross die Erleichterung bei der EVP, als der Nationalrat der Ratifizierung des Übereinkommens über **Streumunition** (Oslo-Abkommen) zustimmt und mit der Änderung des Kriegsmaterialgesetzes ein umfassendes Verbot von Streumunition erlässt. Die Sicherheitspolitische Kommission hat sich gegen diese Entscheidung gestemmt.

Mit **Via Sicura** sollen Raser härter bestraft und ihre Autos verschrottet werden können. Abstriche gibts beim Velofahren: Die Mehrheit streicht sowohl das Mindestalter fürs unbegleitete Velofahren auf verkehrsreichen Strassen, wie auch ein Helmobligatorium, welches die EVP-Nationalrätinnen für Kinder bis 14 Jahre unterstützt haben.

## INFOS

### Pukelsheim – kurz erklärt!

*Gehören Sie auch zu den Menschen, welche den Ausdruck «Doppelter Pukelsheim» schon oft gehört, aber doch noch nie so richtig verstanden haben? Dann sind Sie nicht allein! Hier ein «Crashkurs in Pukelsheim»:*

*Nach der Verkleinerung des Grossen Rates auf 140 Sitze stiess das Aargauer Wahlsystem an seine Grenzen. Im Bezirk Muri beispielsweise (7 Sitze) hätte es für einen Sitz einen Wähleranteil von min. 14% gebraucht. Das hätte kleineren Parteien den Einzug in den Grossen Rat schlicht verunmöglicht. Daher wurde das neue Wahlsystem – der «Doppelte Pukelsheim» (benannt nach seinem Erfinder) – eingeführt.*

*Und so funktioniert:*  
(Am Beispiel der EVP)

- 1. Als erstes wird kontrolliert, ob die EVP die zusätzlich eingeführte Wahlhürde von 3% Wähleranteil kantonal oder 5% in min. einem Bezirk erreicht hat. Falls nicht, zählen die EVP-Stimmen nicht und die EVP verliert alle ihre Sitze im Grossen Rat.*
- 2. Alle EVP-Stimmen im Kanton werden zusammengezählt. Daraus wird die Anzahl Sitze berechnet, welche der EVP gesamthaft zustehen.*
- 3. Die Sitze werden auf die Bezirke verteilt. Die Berechnungen nimmt ein Computer vor.*

### Was bedeutet das für die EVP für die kommenden Grossratswahlen?

*Wir müssen alles geben, damit wir am 21. Oktober 2012 die Wahlhürde schaffen! Deshalb ist es wichtig, dass die EVP in allen Bezirken mit möglichst vollen Listen antreten kann. In den Bezirken Laufenburg, Rheinfelden, Zurzach und Muri ist dies nicht einfach.*

*Gerne nehmen wir Hinweise zu Personen entgegen, die sich für eine Kandidatur eignen.*



Marianne Streiff (BE) und Maja Ingold (ZH)

## AGENDA

**11. März**

Eidgenössische  
Volksabstimmung

**24. März**

**Ganze Schweiz**  
Sammeltag Initiative  
«Erbstiftungssteuerreform»

**31. März**

**Arbon**  
93. ordentliche DV  
der EVP Schweiz

**27. April**

**Baden,  
Historisches Museum**  
Generalversammlung  
EVP Aargau

**28. April**

**Ganze Schweiz**  
Sammeltag Initiative  
«Erbstiftungssteuerreform»

**5. Mai**

KMU-Forum (EVP Schweiz)

**11. Mai, 18 Uhr**

GV EVP Bezirk Laufenburg  
mit Roland Bialek und  
Lilian Studer

**12. Mai**

**Ganze Schweiz**  
Sammeltag Initiative  
«Erbstiftungssteuerreform»

ICH BIN EVP-MITGLIED,  
WEIL...

...es spannend ist, auf der  
politischen Ebene mit einer  
christlichen Grundhaltung  
mitzuwirken.



Helen Suter, Wettingen

## ABSTIMMUNGEN VOM 11. MARZ


### Kantonale Vorlagen

Neben den **Vorhaben zur Stärkung der Volksschule** kommen folgende Vorlagen zur Abstimmung:

Mit der **Justizreform** erhält der Aargau eine neue Leitungsstruktur für die Justiz und die Aufsicht über die Gerichte wird reorganisiert. Die EVP hat sich schon früher klar dafür ausgesprochen, dass der Austausch zwischen

den Gerichten intensiviert und verbessert werden muss und unterstützt daher die Vorlage.

Aufgrund verschiedener Neuerungen im Bundesrecht muss der Kanton Aargau das Vormundschafswesen neu organisieren. Mit dem neuen **Kindes- und Erwachsenenschutzrecht** soll nicht mehr wie bisher der Gemeinderat Vormundschafsbehörde

sein, sondern eine professionelle Fachbehörde. Neu sollen Familiengerichte geschaffen werden, welche für alle familienrechtlichen Verfahren zuständig sind. Die EVP empfiehlt ein Ja zur Vorlage. Mit den Familiengerichten gibt es insbesondere für den Kinderschutz klare Verbesserungen, da die unterschiedlichen Zuständigkeiten eliminiert werden. 

### Eidgenössische Vorlagen

Die **Volksinitiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen»** will den Anteil von Zweitwohnungen auf 20 Prozent pro Gemeinde begrenzen. Die EVP gesteht zwar zu, dass die Vorgaben der Initiative etwas starr sind und teilweise über das Ziel hinausschiessen. Für die EVP ist jedoch unbestritten, dass Raum und Landschaft einen besseren Schutz brauchen und die Auswüchse des Zweitwohnungsbaus bekämpft werden müssen. Daher ist es wichtig, dass die Initiative nicht allzu wuchtig verworfen wird, um die später zur Abstimmung gelangende Landschaftsinitiative nicht zu gefährden.

Die **Bausparinitiative** will steuerlich abzugsfähige Bausparanlagen ermöglichen. Die EVP lehnt die Initiative ab, da sie das Bausparen als ineffizient erachtet. Es profitieren vor allem jene Steuerpflichtigen, welche genügend Geld haben, um zu bauen und ohnehin bauen werden. Die Steuerausfälle fallen aber überall an – und müssen kompensiert werden.

Die EVP lehnt auch die **Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle»** ab. Das Anliegen der Initiative ist zwar nachvollziehbar und wird von der EVP unterstützt. Doch mit sechs Wochen geht

die Initiative zu weit. Für viele KMUs, aber auch für die Verwaltung, wäre das eine untragbare Mehrbelastung und nicht zu finanzieren.

Der Gegenentwurf zur **Volksinitiative «für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls»** hält in der Verfassung fest, dass die Kantone wie heute für die Bewilligung und Aufsichtigung von Lotterien und Wetten zuständig sind. Weiter gewährleistet er, dass die Erträge aus den Lotterien und Sportwetten für gemeinnützige Zwecke in den Bereichen Kultur, Soziales und Sport verwendet werden.

Die EVP lehnt den Gegenvorschlag ab, denn dieser zementiert die Dreifachrolle der Kantone, welche die Lotterien bewilligen, veranstalten und davon profitieren. Solange diese Mehrfachrolle besteht, haben die Kantone kein Interesse daran, dass möglichst wenig Geldspiele gespielt werden. Es war die klare Absicht des Gesetzgebers, die Geldspielautomaten in die Casinos zu verbannen, wo wenigstens ein minimaler Sozialschutz möglich ist. Mit dem Gegenvorschlag können die Kantone unbegrenzt solche Kästen in Restaurants und Bars bewilligen und aufstellen lassen. Die EVP anerkennt die gemeinnützige Verwendung der Lotte-

riegelder in den meisten Fällen. Diese ist jedoch auch mit dem geltenden Recht gewährleistet.

Ja zur **Buchpreisbindung**: Die Delegiertenversammlung der EVP Schweiz vom 21. Januar 2012 hat mit 54 zu 48 Stimmen eine knappe JA-Parole zur Vorlage beschlossen. Das Buchpreisbindungsgesetz will wieder feste Bücherpreise einführen. Damit werden Schweizer Buchhandlungen und Verlage wieder gestärkt und bleiben gegenüber Discountern mit reinem Bestsellerangebot wettbewerbsfähig. 

## IMPRESSUM

**Redaktion**  
EVP-Sekretariat, Postfach 1232, 4800 Zofingen

**Herausgeber**  
Evangelische Volkspartei Aargau

**Abonnement**  
mindestens 15 Franken pro Jahr

**Erscheinungsweise**  
vierteljährlich

**Internet**  
www.evp-ag.ch

**E-Mail Sekretariat**  
sekretariat@evp-ag.ch

**Inserate, Adressverwaltung**  
EVP-Sekretariat, Postfach 1232, 4800 Zofingen  
Telefon 062 558 89 77

**Realisation und Druck**  
www.jordibelp.ch

**Auflage**  
7100 Exemplare